

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

„Bezahlt uns oder wir bleiben“.

Die neue Formel Poincarés.

Der französische Ministerpräsident hat am gestrigen Sonntag in zwei Orten des ehemaligen Kriegsgebietes bei Gedenkstunden gesprochen. In Chancy entwarf Poincaré ein Schreckensbild dessen, was geschehen wäre, wenn Deutschland im Weltkrieg den Sieg davongetragen hätte. Nachdem er alle Länder aufgezählt hatte, die Deutschland nach einem erfolgreichen Ausgang des Krieges unterjocht hätte, betonte er die Rühmung, die Frankreich Deutschland gegenüber gezeigt habe. Sodann fuhr er fort:

Deutschland ist nicht einmal gezwungen worden, uns unsere Kriegskosten zurückzulassen, nur die Reparation des materiellen Schadens, den es verursacht hat, ist ihm auferlegt worden. Ist dies denn wirklich eine so drückende Verurteilung? Im Jahre 1870/71 hat Deutschland, das nicht betreten wurde und das im Gegenteil einen großen Teil Frankreichs besetzt hatte, keinerlei Schäden erlitten. Es hätte keine Reparationen zu verlangen, aber es hat sich seine Kriegskosten bezahlen lassen und uns eine Entschädigung von 5 Milliarden auferlegt. Das war für die damalige Zeit eine enorme Summe. Wir haben nicht nur diese Summe bezahlt, sondern wir haben sogar aus Loyalität unserem Gläubiger gegenüber uns Geld dafür zu verschaffen gesucht, und wir haben 4,3 Milliarden gefunden. Der Krieg hatte uns ungefähr 2 Milliarden außerordentliche Kosten verursacht. Wir hatten mehr als 360 Millionen Steuern und Einkünfte verloren, mehr als 340 Millionen Offizierskosten für die deutsche Armee zu bezahlen, ferner 77 Millionen für die Verpflegung von Paris während der Belagerung, mehr als 1/2 Milliarde für die Militärpensionen, 212 Millionen für die Entschädigung von Kriegsschäden unserer Mitglieder, 42 1/2 Millionen Zurückzahlung von Steuern, die an die Deutschen gezahlt worden waren, 15 1/2 Millionen für Liquidationen, 140 Millionen Entschädigung an die Stadt Paris, 19 Millionen an die Gesellschaft der Ostbahnen und noch sonstige viele Zahlungen. Außerdem hatten wir zwei Provinzen verloren. Und dieser so schmerzliche Verlust brachte ein ständiges Defizit mit sich, das die Einkünfte und Steuern des abgetretenen Gebietes von da an für uns verloren waren.

Ich nenne keine Gesamtsumme, da ich nach lange nicht die Liste dieser Ausgaben erschöpfen habe. Aber die Zahlen, die ich nenne, können nicht bestritten werden. Sie stammen aus amtlichen Dokumenten, die am Tage nach dem Kriege zusammengestellt worden sind, und sie bieten ein wenig mehr Garantie für ihre Richtigkeit als die Zahlen, die vorgestern der neue deutsche Reichskanzler bezüglich der Zahlungen, die Deutschland bereits geleistet haben soll, angegeben hat. Die Reparationskommission hat die wirklich geleisteten Zahlungen gewissenhaft nach kontraktualistischen Untersuchungen bewertet, und bei ihren Feststellungen ist sie immer einmütig gewesen. Es ist also

vergeblich, zu behaupten, daß Deutschland bereits 42 Milliarden Goldmark geleistet hat, oder auch nur 25,

wie sie ein Wirtschaftsinstitut in Washington angegeben haben soll, ein Institut, von dem es mir bisher unmöglich gewesen ist, festzustellen, was es ist. Diese schiedsrichterliche Schätzung zeigt uns auf alle Fälle, zu welchen sonderbaren Ergebnissen wir kommen würden, wenn jemals internationale Sachverständige damit beauftragt werden sollten, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu bemessen, und ich brauche wohl in dieser Beziehung nicht zu sagen, daß unsere Ansicht sich in diesem Punkte nicht ändern kann. Wie große Kosten 1871 unsere Ausgaben auch darstellten, es ist uns gelungen, sie zu leisten, unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, unsere nationale Ausstrahlung wieder in Stand zu setzen und, trotz der Verstümmelungen, die wir erlitten hatten, unser Land wieder in die Höhe zu bringen und ihm seine Würde wiederzugeben.

Haben wir, um diesen Wiederaufbau vorzubereiten, Wunder vollbringen müssen? Nein, wir hatten nichts zu unternehmen, was unsere Kräfte überlegen hätte.

Wir haben gearbeitet,

und wir haben einen Beweis von bona fides und gutem Willen gegeben, und wir sind in der Achtung der Welt gestiegen. Wir wollen uns unseren Feinden von gestern nicht als Beispiel hinstellen, aber was wir vor 53 Jahren getan haben, das glauben wir, könnten sie heute versuchen. Können sie sich nicht dazu entschließen, dann werden sie uns zwingen, ihnen gegenüber die Drohung zur Ausführung zu bringen, die sie damals an uns gerichtet haben:

„Bezahlt uns, oder wir bleiben!“

In Condrecourt, wo eine Gedenktafel für das Eintreffen der ersten amerikanischen Truppen in Frankreich enthüllt wurde, sagte Poincaré über die Nichtratifizierung des Versailler Vertrages durch Amerika und über dessen Fernbleiben von den europäischen Dingen:

Zu der Rede Poincarés in Chancy schreibt der „Temps“ u. a. in der Warnung, die Poincaré an Deutschland gerichtet habe, sei noch ein Gedanke enthalten, der die beste Rechtfertigung für die französische Politik darstelle. Deutschland zu sagen: „Bezahlt uns, oder wir bleiben“, das heißt, ihm auch sagen: „Wir werden abziehen, wenn ihr bezahlt!“ So widerlege das feierliche Wort, das der Leiter der französischen Regierung heute ausgesprochen habe, von neuem jene gefährliche Verleumdungen, nach denen Frankreich nicht die Absicht gehabt hätte, seine Reparationen einzutreiben, sondern fremdes Gebiet wegzunehmen.

Verhinderte Proteste.

Paris, 27. August. (W.B.) Wie der „Temps“ meldet, hat im Generalkonvent der Dordogne ein Kommunist eine Resolution gegen die Aufhebung eingebracht. Als sie zur Abstimmung kam, beantragte der Präfeld die Absetzung von der Tagesordnung, was gegen drei Stimmen beschlossen wurde. Ein anderer Kommunist habe darauf eine Tagesordnung beantragt, in der das Beharren darüber ausgesprochen wird, daß die von den Arbeiter- und demokratischen Organisationen in Deutschland und in Frankreich vorgeschlagenen praktischen Lösungen der Reparationsfrage nicht in Erwägung gezogen worden seien und verlangt wird, daß die französische und die englische Regierung die größten Anstrengungen unternehmen

sollen, um den Zwiespalt in ihren Auffassungen zu verringern. Auch diese Entschließung wurde auf Eingreifen des Präfeldes mit großer Majorität von der Tagesordnung abgesetzt.

Guter Eindruck in London.

Paris, 27. August. (W.B.) Einer Londoner Meldung des „Petit Journal“ zufolge, haben die beiden Reden Poincarés einen guten Eindruck in London hervorgerufen, zumal in England der Optimismus über die Entwicklung der Dinge die Oberhand bekommen habe, da auch die letzten Erklärungen Stresemanns hier gut gewirkt haben. Außerdem knüpfte man große Hoffnungen an die belgische Note und betrachtete sie als einen Faktor, der gestatten würde, die gelockerten Bande zwischen den Verbündeten neu zu knüpfen. Das, was aber in erster Linie zur Aufhellung des Horizontes beitrage, sei die Tatsache, daß Poincaré, Baldwin und Lord Curzon sich demnächst in Frankreich begegnen würden.

Die belgische Note hat die volle Billigung Poincarés gefunden.

Auch die neuesten Sonntagsreden des französischen Ministerpräsidenten bringen nichts Vorwärts und lassen nicht die Schlussfolgerung zu, daß eine Annäherung erfolgt sei. Sie greifen auf die Methoden der unruhigbaren Polemik zurück und zeigen kein Entgegenkommen an den deutschen Vorschlag, die Spezialpänder im Grenzgebiet durch Generalpänder an der ganzen deutschen Wirtschaft zu ersetzen. Pariser Blätter erblicken in der Formel Poincarés „Bezahlt uns oder wir bleiben!“ eine feierliche Erklärung, daß Frankreich räumen wird, wenn bezahlt ist. Für uns aber ist die Sache nicht so einfach, wir müssen fragen: „Was soll bezahlt werden? Wie wird der Wert der deutschen Zahlungen einwandfrei und unparteiisch festgestellt? Was soll geräumt werden? Wann soll geräumt werden?“

Alle diese Fragen sind nach dem Vertrag von Versailles nicht zwischen Deutschland und Frankreich, sondern zwischen Deutschland und den Alliierten zu regeln, diese aber haben auf sie keine gemeinsame Antwort. Der Vertrag von Versailles sieht ferner die Besetzung nicht des Ruhrgebietes, sondern eines anderen, genau ungenutzten Gebietes vor, das nach lokaler Auslegung in bestimmten Zeitschnitten geräumt werden soll, wenn Deutschland alles getan hat, was in seinen Kräften steht, um den Vertrag zu erfüllen. Dagegen gibt die behabare Formel Poincarés Frankreich die Möglichkeit, seine Forderungen einseitig zu überbieten und unter dem Vorwand, Deutschland wolle nicht bezahlen oder habe noch nicht genug bezahlt, Rhein und Ruhr für alle absehbare Zeit in der Hand zu behalten.

Der Vertrag von Versailles sieht die Zahlung der deutschen Gesamtschuld binnen 30 Jahren vor, die Räumung des gesamten besetzten Gebietes aber schon binnen 15 Jahren. Nach ihm soll also geräumt werden, lange bevor alles bezahlt ist. Die Formel Poincarés läßt aber vermuten, daß nicht eher alles geräumt werden soll, als bis der letzte Pfennig bezahlt ist, und wann das der Fall sein würde, läßt sich, wie gesagt, gar nicht voraussagen.

Die französische Regierung überschreitet also den Rahmen des Vertrages, sie läßt aber nicht zu, daß von einem internationalen Schiedsgericht entschieden wird, was der Vertrag zuläßt und was nicht. Infolgedessen bleiben die Verhältnisse nach den neuesten Reden Poincarés ebenso ungeklärt wie vorher.

Das amerikanische „Institute of Economics“, das Herr Poincaré wegen seiner Feststellungen über die deutschen Zahlungen lächerlich zu machen versucht, steht — nach der „B.Z.“ — nur deshalb nicht im offiziellen Handbuch, weil es erst im Oktober 1922 gegründet worden ist. Seinem Vorstand gehören eine Reihe der ersten Gelehrten, Staatsmänner und Finanzleute Amerikas an. Verfasser des Berichts über die deutschen Zahlungen sind Professor H. G. Moulton von der Universität in Chicago und C. E. Mc. Guire, vormals Harvard-Professor. Der Bericht wurde von der großen Presse Amerikas auf sechs bis sieben Seiten abgedruckt.

Der Dollar steigt wieder.

Die Börse stand heute unter dem Einfluß der verschiedensten einander entgegengesetzten Meldungen. Die Rede Poincarés wird ziemlich pessimistisch beurteilt. Man ist der Meinung, daß die Aussichten auf eine baldige Herabsetzung jetzt wieder hinausgeschoben werden. Der Dollar, der bereits auf 6 Millionen hoch gesprochen wurde, zog in den Frühstunden auf 6 200 000 an.

Ein weiterer ungünstiger Umstand in der Beurteilung der Welt war die am Sonnabend bekanntgegebene enorme Zunahme der schwebenden Schuld. Die Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein am Sonnabend, die die Fortsetzung der Inflation als unvermeidlich hinstellte, und die auch ganz allgemein nicht gerade hoffnungsvoll klang, ferner der zwar noch latente, aber immerhin drohende Streit der Reichsbankbeamten und eventuell auch der Notendruckerei, alles dies ließ eine günstige Stimmung für die Welt nicht auskommen. Allerdings erfolgte gegen 11 Uhr wieder eine kleinere Abschwächung des Dollars, der mit 6 Millionen bis 5 800 000 gesprochen wurde.

Die Festigkeit des Devisenmarktes bewirkte eine hauffende Aufwärtsbewegung der Effekten. Fast alle Gebiete nahmen daran teil. Die erst bis zum Monatsende abzuliefernden Steuererlöse gehen zum größten Teil immer noch auf dem Effektenmarkt zu.

Der Devisenfonds.

Die am Sonntag veröffentlichte Notverordnung, welche die Erfassung von Devisen für Zwecke des Reiches anstrebt und die innerhalb der nächsten Wochen fremde Zahlungsmittel im Betrage von 200 bis 300 Millionen Goldmark zur Stützung der Mark aus den Händen der Privatinteressenten in die des Reiches bringen soll, ist der erste organisatorische Schritt zur Aufbarmachung der im Besitz der Privatwirtschaft befindlichen fremden Werte für die Allgemeinheit. Die Dollarschuldenanleihe vom März dieses Jahres, die das gleiche Ziel verfolgte, verlangte lediglich freiwillige Anleihezeichnungen in fremder Währung. Dagegen sprach nicht die von den Banken eingegangene Mindestgarantie, welche einem strengeren Vorgehen des Reiches vorbeugen sollte und die lediglich der Form nach innegehalten wurde. Denn was die Banken damals als Mindestleistung versprochen und hielten, wurde von der Industrie zu wenig gezeichnet, und so kam es, daß diese Anleihe mit einem Fiasco endete. Erst später gelang es unter dem Druck der Millionenturfe für den Dollar und der damit herbeigeführten Zerrüttung des inneren Marktes Industrie und Banken dazu zu bewegen, die gesamte aufgelegte Summe von 200 Millionen Goldmark durch nachträgliche Zeichnungen aufzunehmen. Das gelang erst, als es zu spät war. Die Reichsregierung, die zur Abwehr noch größerer Not berufen wurde, hatte keine Veranlassung mehr, zu warten, bis die Zeit der Möglichkeit eines aktiven Kampfes gegen das Devisenelend wieder mit günstigen Rahmenungen an die Interessenten verträglich wird. So kam es endlich zu dem Schritt, den die Sozialdemokraten seit Jahr und Tag in Regierung, Parlament und Presse gefordert hatten, ohne bisher die Unterstützung der Bürgerlichen dazu zu finden: zu der gesetzlichen Erfassung der Devisenwerte.

Die Sicherstellung eines Devisenfonds verfolgt den Zweck der Stützung des Marktkurses. Viele ist auf verschiedenen Wegen zu erreichen. Einmal gilt es, die zur Aufrechterhaltung der notwendigen Einfuhr von ausländischen Rohstoffen und Lebensmitteln erforderlichen Devisen zu beschaffen, ohne den Markt in Anspruch zu nehmen und den Dollarkurs so weiter in die Höhe zu treiben. Weiter müssen Devisen verfügbar sein, um einem plötzlichen Ansturm der internationalen Spekulation gegen die Marktkraft entgegenzutreten zu können. An dieser Spekulation sind, wie die Vorgänge der letzten Wochen nur zu deutlich gezeigt haben, deutsche Kreise führend beteiligt gewesen. Und schließlich muß für die Aufrichtung einer neuen Währung, die mit jedem Tage dringender wird, ein ausreichender Fonds an fremden Devisen verfügbar gemacht werden, um — wie auch das neue Geld aussehen wird — dieses vor erneuten Wertschwankungen zu schützen.

Die großen Aufgaben, die heute gestellt sind und mit denen sich die neue Regierung jedenfalls viel energischer und weitsichtiger abzufinden sucht als das Kabinett der Finanzminister, erfordern einen starken Eingriff in die großen Devisenbestände, welche die Privatwirtschaft in der Zeit der Geldentwertung aus vielen verwerflichen und manchen ökonomisch zu rechtfertigenden Gründen aufgestapelt hat. Beahlt man das im Auge, so bringt die Notverordnung eher zu wenig als ausreichend oder gar zu viel. Erwerbsgesellschaften und Privatpersonen, welche mehr als 100 000 M. auf die erste Rate der nach der Zwangsanleihe bemessenen Brotabgabe zu zahlen haben, müssen eine einmalige Devisenabgabe entrichten. Sie beträgt bei Erwerbsgesellschaften 2 Goldmark, bei Privatpersonen 1 Goldmark für je 10 000 Papiermark Brotverorgungsabgabe, erhöht sich aber bei verzögerter Zahlung um 5 v. H. für jeden angefangenen Monat. Wer im Besitz einer entsprechenden Menge fremder Zahlungsmittel oder Vermögenswerte ist, hat eine Erklärung abzugeben, auf deren Verweigerung oder wesentlich jaskaler Abgabe Zuchthaus bis zu zehn Jahren und Geldstrafen in unbefristeter Höhe stehen. In diesen Fällen können ferner die veranschlagten Vermögensbestände beschlagnahmt werden. Eine Beschlagnahme ist auch zur Sicherung der Geldstrafe gegen das Vermögen der Angeklagten vorgesehen. Zwangsanleihepflichtige, die keine oder nicht ausreichende fremde Zahlungsmittel besitzen, um die Abgabe zu zahlen, sollen in anderer Weise dazu herangezogen werden. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Pflicht zur Devisenabgabe auch für solche Steuerpflichtige besteht, welche nun schnell ihre Devisen in Rohstoffen oder anderen Vorräten angelegt haben. Der Besitz an hochwertigen Sachgütern wird hier dem Devisenbesitz gleichgestellt. Wenn es gelingt, auf diese Weise Rohstoffhamsterer zu zwingen, ihre Bestände wenigstens teilweise dem Verbrauch zur Verfügung zu stellen, so wäre das eine Entlastung für die deutsche Handelsbilanz.

Die Devisenabgabe ist keine Steuer. Wer sie entrichtet, erhält dafür Stücke der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches, er hat aber auch die Möglichkeit, sich den Gegenwert auf andere Steuern oder auf ein anderes Konto beim Reich wertbeständig gutschreiben zu lassen. Zweck und Ziel der Abgabe ist eben die Heranziehung fremder Zahlungsmittel unter gewissem Zwang. Die Erfassung der Gewinne der Sachwertbesitzer obliegt nicht dieser Verordnung, sondern den Steuergesetzen. Im Gegenteil ist sogar denjenigen Zahlern der Devisenabgabe, welche ablieferungspflichtige Devisenbestände bei der Vermögens-, Einkommens- oder Erbschaftsteuer verschwiegen haben, Amnestie zugesichert, ebenso wie diejenigen nicht verfolgt werden sollen, die sich unter Umgehung der Devisenvorschriften in den Besitz fremder Werte gebracht haben, sie aber jetzt angeben. Diese Bestim-

mungen verfolgen den Zweck, die Verordnung möglichst wirksam zu gestalten.

Ist die Notverordnung grundsätzlich zu begrüßen, so zeigt sie doch ihrer ganzen Anlage nach alle Mängel und Lücken, die bei der durch die Not des Volkes gebotenen Eile ihrer Abfassung nicht zu vermeiden waren. Erfährt werden diejenigen, die bisher ehrlich ihre Steuern geleistet und gezahlt haben. Andere, die keine Bortverordnungsabgabe zu zahlen haben oder zu gering veranlagt worden sind, fallen entweder überhaupt nicht unter das Gesetz oder können sich im Erfolgsfall ihres Steuerbetruges. Der Schieber wird überhaupt nicht gefast, mag er noch so sehr mit Auto und Brillanten seinen Devisenbesitz der minder glücklichen Mitwelt präsentieren. Das ist ein unmöglicher Zustand, dem so bald als nur möglich mit scharfen Ergänzungen der Devisennotverordnung gesteuert werden sollte, schon deshalb, weil er die Steuermoral untergräbt. Es scheint doch dringend geboten, einmal dem Gedanken näherzutreten, ob nicht durch Einführung eines Finanzpasses das Baluttogefindel namhaft und abgabepflichtig zu machen.

Aber auch als Ganzes befriedigt die Notverordnung keineswegs. Selbst wenn die veranschlagten 200—300 Millionen Goldmark wirklich in Devisen eingehen sollten und sich leiner die Möglichkeit der Zahlung in anderen Werten auf irgendeine Weise zunutze machte, selbst dann ist die Verordnung erst ein Anfang zur Ausbringung derjenigen Devisenbeträge, die wirklich gebraucht werden. Not und Gefahr zwingen zu überhäufeter und darum auch noch allzu igstender Arbeit. Nach fehlt die Devisenkontrolle, die verhindern könnte, daß mancher die zur Zahlung der Abgabe notwendigen Zahlungsmittel jetzt erst kauft und damit den Dollar erneut in die Höhe treibt. Hier sind die schweren Mängel, die abzustellen Pflicht der Regierung ist und die nur durch eine auf lange Sicht eingerichtete Steuer- und Devisenpolitik beseitigt werden können.

Die Vorauszahlung der Beamtengelder.

Heute Verhandlungen im Reichsfinanzministerium.

Die Vorauszahlung der Beamtengelder auf ein Vierteljahr hat bekanntlich jetzt zu erheblichen Schwierigkeiten geführt, da die Regierung nicht in der Lage war, die notwendigen Mittel, die in die Billionen hineingehen, rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Von welchen Kreisen ist deshalb auch die Forderung erhoben worden, daß man in dieser wirtschaftlich so unübersichtlichen Zeit von dem bisherigen System der dreimonatlichen Vorauszahlung abgesehen und an die Stelle dieses Verfahrens dieselbe Zahlungsweise setzen solle, die in Handel und Industrie üblich ist. Es wird also verlangt, daß die Beamten wie jeder Privatangestellte, längstens für vier Wochen, das Gehalt vorwärts erhalten sollen.

Das Reichsfinanzministerium hat, nachdem die Angelegenheit das Kabinett bereits ausführlich beschäftigt hat, sich jetzt ernstlich mit dieser Frage beschäftigt und zunächst ein Gutachten des Reichsjustizministeriums eingeholt.

Inzwischen hat, wie die B.-S.-Korrespondenz meldet, das Reichsfinanzministerium die Beamtenorganisationen am heutigen Montag zu einer Besprechung über die Angelegenheit geladen, die vorläufig unverbindlichen Charakter tragen soll und in der man sich nur über das Prinzipielle unterhalten wird. Von dem Ausgang der Besprechung hängt es dann ab, ob hier eine Verständigung in Güte möglich ist, oder ob die Beamten gegen die Absichten der Regierung, die Gehaltszahlungen auf eine andere Basis zu stellen, opponieren müssen.

Die letzte Gehaltsaufbesserung für die Beamten und Reichsbeamten, die am Donnerstag voriger Woche beschlossen worden ist, hat die Reichsbank in arge Verlegenheit gesetzt. Durchschnittlich erhalten die Beamten eine Zulage von 100 Millionen Mark, deren Bereitstellung zunächst kaum möglich erschien. Das Reichsbankdirektorium erklärte sich den Vertretern der Beamtenorganisationen gegenüber für vollkommen überlastet, obwohl von den Beamten darauf hingewiesen wurde, daß die jetzt fällig werdenden Erhöhungen der Gehälter bereits im Reichsbefolgsplan vom 26. und 27. Juli angekündigt worden sind und daß die Reichsbank inzwischen Vorkehrungen dafür hätte treffen müssen, daß die allerdings sehr erheblichen Mittel

bereitgestellt würden. Man einigte sich dahin, daß am Ende der vorigen Woche den Beamten 50 Millionen, am heutigen Montag wiederum 50 Millionen und die Spitzenbeträge am 1. September ausgezahlt würden.

Von dem Obmann des Angestellten- und Arbeiterrats eines preussischen Ministeriums wird uns geschrieben:

„Die gesamte Berliner Presse — mit Ausnahme der Arbeiterpresse — hat in den letzten Tagen den konzentrischen Angriff gegen die Beamtengelder eröffnet. Soweit sich diese Angriffe gegen die dreimonatliche Vorauszahlung richten, läßt sich sachlich wenig dagegen sagen. Bemerkenswertere Weise ist ein Teil der Beamten selbst — und zwar nicht der schlechteste — zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Vorauszahlung einer relativ hohen Summe eine Ungerechtigkeit den übrigen Gehalts- und Lohnempfängern gegenüber liegt. Nach allem, was man bisher gehört hat, sieht es denn auch so aus, als ob das Reichsfinanzministerium mit diesem Beamtenprotest aufzuräumen gedenkt, das ehemals belanglos war und rein technische Gründe hatte, in der Zeit des schwersten Notstandes des ganzen Volkes aber jede Berechtigung verloren hat. Gerade bei dieser Auffassung aber muß man sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Begendbildung wenden, die in Aufnahme aller Remissionen im Entstehen begriffen ist. Da heißt es in den Meldungen der bürgerlichen Presse: man habe eine Schuhmannsfrau gesehen, die auf einmal 10 Pfund Butter einkaufte! Wie wird uns? Wir haben dies alles auch schon einmal gehört, und zwar in den schönen Zeiten der wilhelminischen Epoche, als man die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft damit dokumentierte, daß man mit drohendem Finger auf die berühmte Sonntagsgans der Arbeiterfrau hinwies. Bei dem ganzen Kampf gegen die Beamtengelder ist von besonderem Interesse, daß die bürgerliche Presse sich ausschließlich gegen allzu hohe Gehälter der unteren Beamtencategorien wendet. Die Arbeiter und Angestellten der Staatsbetriebe sind bereit, gemeinsam mit dem einsichtigen Teil der Beamten, Auswüchse, die für die Gesamtheit zu einer Gefahr zu werden drohen, zu bekämpfen. Sie müssen dabei jedoch die feste Ueberzeugung behalten, daß der Kampf nicht Formen annimmt, aus denen man schließen kann, daß als treibende Kraft eine mißgünstige, dem Arbeiteraufstieg feindselige Großindustrie dahinter steht.“

Strefemann bei Knilling.

München, 27. August. (W.B.) Zum Besuch des Reichskanzlers Dr. Strefemann wird folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Der Reichskanzler hat anlässlich seines persönlichen Besuchs beim bayerischen Ministerpräsidenten Gelegenheit genommen, die wichtigsten Fragen der äußeren und inneren Politik, insbesondere auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern eingehend zu besprechen. Im Vordergrund standen bezüglich der inneren Politik Erörterungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die angeht der augenblicklichen Notlage unverzüglich getroffen werden müssen. Dabei wurden in grundsätzlicher Uebereinstimmung die Voraussetzungen für ein gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bayern erneut festgelegt.

München, 27. August. (W.B.) Reichskanzler Dr. Strefemann traf Sonntag abend von Mittenwald und Garmisch, wo er übernachtet hatte, wieder in München ein. Er war zum Abendessen Gast des Vertreters der Reichsregierung in München von Hanke und trat um 9.15 Uhr mit dem Schnellzuge die Rückreise nach Berlin an, begleitet von Staatssekretär Freiherrn von Rheinbaben und Gefolgte von Hanke. Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Hauptbahnhof Staatsrat Dr. Schmeißer als Vertreter der Staatsregierung und einige andere Herren eingefunden, darunter der Bundtagsabgeordnete Bürger, mit dem der Reichskanzler, bevor er den Zug bestieg, eine kurze Unterredung hatte.

Bayern und die Reichseinheit.

Das offizielle Depeschensbureau verzeichnete einen Begrüßungsartikel für Strefemann in der amtlichen „Bayerischen Staatszeitung“. Dort war nach W.B. zu lesen:

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: Im bayerischen Volke wird es mit Freude begrüßt, daß Reichskanzler Dr. Strefemann die erste sich bietende Gelegenheit benutzte, um dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling einen Besuch abzu-

statten und mit ihm über die das Reich und Bayern berührenden Fragen eine Aussprache zu pflegen. Es ist zu wünschen, daß diese Besprechung die Richtlinien für eine gemeinsame Arbeit zum Besten des Reiches und unseres Landes bringe. Wir in Bayern wollen nur eins: Rettung des Vaterlandes und Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches. Das bayerische Volk befehle nur ein Verlangen, das Sehnen nach dem Manne, der das Vaterland aus der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Not herausführt. Wer der Mann ist, welcher Partei er angehört, ist im Grunde gleichgültig.

Dieses halbamtlich verbreitete Zitat erfährt eine bezeichnende Ergänzung durch einen zugehenden Bericht aus München, monach schon der folgende Satz in dem Begrüßungsartikel des Regierungsblattes lautet: „Innenpolitisch wird es vor allem darauf ankommen, daß es Strefemann gelingt, seinen Standpunkt durchzusetzen gegenüber der anderen Seite im Kabinett.“ Damit sind die Sozialdemokraten gemeint! Daß die zur Schau getragene Objektivität nur eine Unaufrichtigkeit ist, erkennt man aus dem Kommentar, den dieselbe „Staatszeitung“ vor einigen Tagen an den teilweise gegen das Reich gerichteten Aufruf der bayerischen Regierung an ihr Volk geknüpft hat. Dort stand schwarz auf weiß, was die Regierung Knilling alles von Strefemann erwartete, und zum Schluß hieß es: „Wenn die Reichsregierung die Spuren des bayerischen Ministerpräsidenten wandeln würde, würde Deutschlands Not wohl bald ein Ende haben.“

München, 27. August. (Eig. Drahtbericht.) Ein Rundschreiben des Oberkommandos der hitlerischen Sturmabteilungen zur Information der Unterführer im ganzen Land bestätigt einwandfrei, daß die Regierung am 1. Mai lediglich auf Grund der wiederholten Vorstellungen der „Vaterländischen Verbände“ die sozialdemokratische Kaiserliche Einschüchterung unterworfen hat. Nun bieten die Kampfbünde die Gelegenheit für günstig, das Feld zu beherrschen, und lassen hitlers Sturmtrupp, die „Reichsflagge“ und den „Bund Oberland“, aufmarschieren, wozu Waffen gefast wurden, und zwar auf Grund ihrer treulichen Beziehungen zur Reichswehr. Dadurch fühlten sich allerdings weniger die Festungsteilnehmer bedroht, als die Regierung Knilling selbst, die in der Angst um ihren Bestand sich schleunigst aufraffe und erreichte, daß die Kampfbünde die Waffen wieder niedergelegt und teilweise abgaben. Zurzeit ist immer noch der Staatsanwalt damit besetzt, das bedrohliche Verhalten der Kampfbünde am 1. Mai zu untersuchen und insbesondere aufzuklären, auf welche Weise sie damals so schnell zu Waffen kamen — es waren auch Gesetze darunter — und wieweit von diesen Waffen die Herrschaften unterschlagen haben.

Ludendorff Hagt.

München, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Post“ hat vor einiger Zeit von Ludendorff als dem großen Kriegsverlängerer gesprochen, weshalb er gerichtliche Klage wegen verleumdender Reden angestrengt hat. Dem Prozeß, der für Ende September angelegt ist, dürfte große politische Bedeutung zukommen, da die besagte Partei Männer wie Prinz Rag von Baden, General Hoffmann, Generalfeldmarschall Hübendorff und andere als Zeugen und Sachverständige laden lassen wird.

Die „Rote Fahne“ beschlagnahmt. Die Sonntagsausgabe der „Roten Fahne“ ist erneut von der politischen Polizei beschlagnahmt worden, bevor sie die Druckerei verließ. Wie wir erfahren, erfolgte diese Maßnahme aus Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik in Verbindung mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten, weil in dem Blatte wiederholt und auch in der vorliegenden Nummer Beschimpfungen von Mitgliedern des Reichskabinetts und der Landesregierung enthalten waren.

Wirth in Moskau. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth empfing in Moskau den Vertreter der U.L., um ihm zu sagen, daß seine Reise den Zweck verfolge, Fühlung mit den Wirtschaftskreisen zu suchen. Er äußerte sich dankend über den guten Empfang, besonders durch Uchitscherin, mit dem er den Kapoeleroertrag geschlossen habe, sprach aber sein Erstaunen darüber aus, daß die deutsche Wirtschaft nur zögernd die praktischen Konsequenzen daraus ziehe. Ueber die Allrussische Landwirtschaftsausstellung sprach Wirth mit hoher Anerkennung.

Aehrenlese!

Von Deceha.

Nun schwankt der letzte Erntewagen dem Hofe zu und über das weite Feld der Stoppeln geht der Wind.

Mit ihm kommen umgebene Gäste: Frauen und Kinder, „widerliches, schmutziges Volk“. Sie schwärmen über das Feld und bücken sich immer und immer wieder — jedesmal für eine einzige Aehre. Der Hunger schaut ihnen aus den Augen und in den fahlen Gesichtszügen liegt das Glend. Armes Proletariat!

Mitten in das „Volk“ hinein reitet der hohe Herr des Gutes. Wie der Sturmwind plötzlich ist er da. Er schreitet über das Feld; man merkt den Hauptmann unseligen Angedenkens. Wie Spreu vor dem Winde fliegt das „Diebsgefindel“ auseinander: Hunderte vor einem!

Das Feld ist leer. Verlorene Aehren barren vergebens der Ernte. Strich um Strich bricht der blasse Flug die schwarze Erde. Scholle um Scholle wandelt sich und begräbt Aehren, Aehren, Aehren.

Nun geht der Wind über das gepflügte Feld. Das Majorat ist gerettet und das Proletariat hungert.

Die sozialistischen Studenten.

Zum internationalen Treffen in Nürnberg.

Gegenüber dem internationalen sozialistischen Studententreffen in Salzburg, August 1922, schien es bei der diesjährigen Zusammenkunft in Nürnberg, als wenn das Suchen nach Aufnahme internationaler Verbindung mit Gleichgesinnten härter geworden wäre. Der Einladung des Wiener Bureaus waren 13 Länder gefolgt, Vertreter von Oesterreich, Deutschland, England, Holland, Polen, der Tschechoslowakei, Rußland, Amerika, Italien, Ungarn, Litauen, Belgien und der Boole Zion kamen zusammen, um unverbändlich Gedanken und Meinungen über Fragen und Erscheinungen des proletarisch jugendlichen und studentischen Lebens auszutauschen.

Man sprach über Wirtschaftfragen und Wirtschaftshilfe. Auf diesem Gebiet sind die Einrichtungen der Wiener Genossen führend — es besteht dort nicht nur eine eigene Wenzl und ein Studentenheim, sondern auch ein eigenes Ferienheim in Raxarberg macht es den studentischen Genossen möglich, für billiges Geld dort ihre Ferien zu verbringen. Mit der Einrichtung der Wandern- und Sportorganisationen innerhalb der sozialistisch-studentischen Kreise wurde die Frage der Wehrbewahrung berührt. Die Wiener „studentische Legion“ sieht zum Teil auf lebhaften Widerspruch, aber ebenso wie in der Duellfrage sah man darin eine zu innerdeutsche-Oesterreichische Angelegenheit, als daß ihre Erörterung in den Rahmen des Kongresses gepaßt hätte. Vielleicht hat bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam gemacht werden, daß in Zukunft das Gastland — diesmal Deutschland — gut tun würde, sich in der Berichterstattung kürzer und prägnanter zu fassen. Es ist verständig, aber deshalb

für die ausländischen Genossen nicht weniger ermüdend, wenn die Deutschen bei der Mehrzahl ihrer Vertreter leicht den internationalen Charakter der Veranstaltung übersehen und anfangen, über Lokalfragen zu disputieren, die sich aus den Berichten der einzelnen Universitäten ergaben. Naturgemäß nahm die Berichterstattung den breitesten Raum in der Aussprache ein, ergaben sich aus ihr heraus doch erst die Punkte, welche internationales Interesse erweckten.

Durchweg konnten die ausländischen Genossen von der „Stärkung ihrer Bewegung“ erzählen: In England beträgt die Mitgliederzahl bereits über 2000, in Polen erstreckt sich die Bewegung auf die Universitäten Warschau, Krakau, Lemberg, Lublin und Wlino. Italien, Ungarn und Litauen haben zwar schwer unter Bedrückung zu leiden, ein Zusammenschluß der sozialistischen Studenten muß unter größter Vorsicht geschehen, aber dennoch macht die Bewegung Fortschritte. Die russischen Genossen sind gezwungen, an fremden Universitäten zu arbeiten, da die Rückkehr in ihre Heimat für sie Gefängnis und geistiger Tod bedeuten würde. Nach dem Bericht des Vertreters der Boole Zion wurde einstimmig ein scharfer Protest gegen die Einführung des Numerus Clausus für jüdische Studierende angenommen, ein Protest, der um so berechtigter und notwendiger ist, als bereits nach dem Vorbild der Wiener und Warschauer Universitäten die polnischen Gruppen an den deutschen Hochschulen Vorstöße in dieser Hinsicht zu unternehmen beginnen. Der Vertreter Amerikas erzählte, wie der sozialistische Gedanke allmählich Verbreitung in den Colleges fände und sich unter den Studenten überall Arbeitsgemeinschaften zum Studium sozialistisch wirtschaftlicher und politischer Probleme bildeten.

Vielleicht den stärksten Eindruck machte die Rede eines schwarzen Kameraden, eines Regers von der New Yorker Universität, der in überzeugenden, klaren Worten von seinem College sprach, das er als das demokratischste der Welt pries. Dort gibt es eine Rassenfrage als Ausdruck des Hasses oder der Wertabschätzung nicht mehr. Schwarze und weiße Menschen leben und arbeiten in verständnisvoller Gemeinschaft, er selbst hatte innerhalb seines Colleges den höchsten Verwaltungsposten inne. Die jahrhundertelange Unterdrückung der Schwarzen machte sie zur Aufnahme sozialistischer Ideen reif, die Anhänger der Rassenlehre wüßten, und sollte eines Tages der größte und letzte sozialistische Staat der Welt in sich zusammenbrechen, so werden die Reges nicht die letzten sein, welche dem Sozialismus zum Siege verhelfen. Der ganz spontane Beifall nach den Worten des schwarzen Genossen mag ihm gezeigt haben, daß auch die europäischen sozialistischen Studenten dem „Schwarzen“ kein anderes Gefühl entgegenbringen als das der internationalen Solidarität — auch der belgische Vertreter, dem der Vorliegendes Genosse Kolb im Namen der deutschen Genossen versicherte, daß kein Gefühl der Entfremdung zwischen ihnen aufkommen dürfe und der daß keinen Platz in ihrem Herzen habe, nahm dies Zeichen der Brüderlichkeit als frohen Gruß seinen Kameraden mit.

Das Ergebnis der Tagung: sich kennen lernen und aussprechen, hat die Vorbedingung für einen leisteren internationalen Zusammenschluß geschaffen, dessen erster Ausdruck ein internationaler sozialistischer Studententag sein soll, den auf Wunsch sämtlicher Anwesenden das Wiener Bureau im Anschluß an das nächste Treffen der Arbeiterjugend einberufen wird.

E. R.

Ein Kriegerdenkmal gegen den Krieg. Der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird aus Gaisern in Oesterreich geschrieben: Hier wurde sofort nach dem Zusammenbruch beschlossen, ein Kriegerdenkmal zu bauen. Unser Ort hat 5000 Einwohner und 157 Eingetragene haben im Krieg das Leben eingebüßt. Die Sozialdemokraten forderten, daß auf dem Denkmal die Worte stehen: „Nie wieder Krieg!“ Zu diesen Worten der Verbannung konnten sich die Bürgerlichen nicht entschließen, aber die Sozialdemokraten lehnten durch, daß auf dem Denkmal die Worte Schillers stehen: „Ein fürchtbar wütend schrednisst der Krieg, die Herde schlägt er und den Hirten!“ Die Enthüllung des Denkmals war eine Demonstration gegen den Krieg. Einige Kriegerwitwen trugen passende Gedichte vor, die Frauen und die Mütter, die Männer und Söhne verloren haben, saßen weinend vor dem Denkmal, die beiden Gefangene des Ortes sangen einen Chor nach Schillers Lied: „Hörst du Friede, süße Eintracht!“ Nach dem Bürgermeister Genossen Beer, der das Denkmal in die Hut der Gemeinde übernahm, sprach der Obmann der Invasionsorganisation, Genosse Grill. Er schilderte die Schreden des Krieges, die er auf dem Schlachtfeld gesehen hatte. Das Denkmal wird allen, die es sehen, eine ständige Mahnung sein, für den Frieden zu wirken und sich nicht schuldig zu machen am Blutvergießen.

Kinder als Wahlkämpfer. Im Freistaat Island ist zurzeit der Wahlkampf, aus dem die neue Kammer hervorgehen soll, in vollem Gange. Die Regierung hat sich für die Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheit der Wahlkampagne verbürgt, und die Republikaner, die der Fahne de Valeras folgen, sind denn auch entschlossen, von dieser Freiheit unbeschränkten Gebrauch zu machen. In der Absicht, die Wähler auch von der Gefühlseite her zu beeinflussen, sind die Anhänger de Valeras, die sich durch dessen Verhöhnung des Führers beraubt sehen, auf den Gedanken gekommen, den zwölfjährigen Sohn de Valeras als Wahlkämpfer zu benutzen. Der Junge zieht seit Tagen um Lande umher und hält von morgens bis abends 5 bis 6 Wahlreden, in denen er für den Kandidaten der Partei mit Feuereifer eintritt. Nach ein zweiter Sohn eines republikanischen Revolutionärs steht als Agitator in der irischen Wahlkampf. Es ist der Sohn des Schriftstellers Childers, der, wie man sich erinnert, im vorigen Jahre standrechtlich erschossen wurde. Obgleich der kleine Childers das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, soll er ungewöhnliches rednerisches Talent besitzen und mit so überzeugender Kraft sprechen, daß Tausende von Wählern täglich an seinen Lippen hängen und ihm fürnische Huldigungen bereiten.

Die Tuberkulosefürsorge. In der Bekämpfung der Tuberkulose erlangen die Hausbesuche und Belehrungen an Ort und Stelle eine immer größere Bedeutung. Gerade auf diesem Gebiete können junge mutige Mädchen eine vorkommlichst äußerst wertvolle Arbeit leisten! Das Tuberkulose-Zentralkomitee in Berlin veranstaltet immer wieder Kurse zur Ausbildung von Fürsorgerinnen. Der nächste Kursus findet während des Monats Oktober statt und ist für 30—40 Teilnehmerinnen berechnet. Anmeldungen sind bis spätestens 1. September an die Geschäftsstelle des Tuberkulose-Zentralkomitees, B. 9, Königin-Augusta-Straße 7, zu richten.

Verkehrssperre bis zum September.

Dortmund, 27. August. (Z.) Nach einer Mitteilung des Bureau der 3. französischen Einiedition an das städtische Bejahungamt in Dortmund wird die Verkehrssperre in Ueber-

Die Internationale der Metallarbeiter.

Bern, 27. August. (Z.) Im Berner Rathaus trat Sonntag nachmittag das Zentralkomitee der Metallarbeiter-Internationale zu-

Dikmann-Deutschland führte aus, die Ruhrbesetzung löre und zerstöre schon seit acht Monaten die gesamte Wirtschaft.

Der Schlichtungsausschuss des deutschen Proletariats, das seine Bereitwilligkeit zur Reparationsleistung erweisen habe, werde von der Bourgeoisie der verschiedenen Länder nicht gehört.

Hodge-England führte aus, die englische Bourgeoisie sehe jetzt ein, daß ein vernichtetes Deutschland ein verarmtes Europa nach sich ziehen werde.

Buocci-Italien erklärte sich mit der Kennzeichnung der Ruhrbesetzung, wie sie Dikmann gegeben habe, einverstanden.

Labe-Frankreich betonte, daß das französische Proletariat nicht nationalistisch gelte. Es leide genau so unter der Ruhrbesetzung wie die deutsche Arbeiterschaft.

Schläger mit Sonderbündlern.

München-Oldbach, 26. August. (Z.) Zum heutigen Sonntag hatten die Sonderbündler zu einer großen Versammlung ein-

Paris, 27. August. (Eca.) Hodas meldet aus Koblenz, daß der belgische Oberkommissar eine Untersuchung der Vorgänge in München-Oldbach eingeleitet habe.

Politischer Mord in Prag.

Ein Bulgare erschießt den früheren bulgarischen Gesandten. Prag, 27. August. (Z.) Die Polizeikorrespondenz meldet: Sonntag um 11 Uhr vormittags wurde in Prag-Smichow der frühere bulgarische Gesandte in Prag Raffo Daskaloff, der sich in Begleitung Dr. Iwan Vojadjeffs befand, von dem 26 Jahre alten Athanass Nikoloff aus Sofia überfallen, der auf ihn vier Schüsse aus einer Pistole abgab.

Nach dem Sturz der Regierung Stamboliski, in der ein Daskaloff Innenminister war, hatte die Gesandtschaft in Prag sich geweiigert, der neuen Regierung zu folgen und sich sogar zum Zentrum des ausländischen Widerstandes gegen das Regime Jantoff gemacht.

Amtliche Devisenkurse.

Table with columns for date (27. August, 24. August) and currency types (Käuser, Verkäufer) for various locations like London, Paris, etc.

Dünnemachen.

Es gibt hierzulande noch Höflichkeit und Entgegenkommen. Eine wahre Freude ist es, so etwas zu sehen, wo man es am wenigsten vermutet. Die Fahrt auf der Stadtbahn, besonders an Sonntagen, ist zu gewissen Zeiten eine Tortur.

Die Rücksichtslosigkeit der Gaswerke.

Es wird ohne weiteres abgeperrt. In den Verhandlungen des Arbeitsausschusses der Stadtverordnetenversammlung mit Magistratsmitgliedern in voriger Woche wurde bestimmt, daß alle Härten und namentlich das Ab-

Der Preiswärt, den die Gaswerke anprätendieren, wird gefengeteilt durch zwei Rechnungen, die uns heute vorgelegt wurden. Eine Rechnung ist von der 44. Verwaltungsinspektion, Charlottenburg, Osnabrücker Str. 1, ausgefertigt.

Wiederbeginn der Stadtverordnetenentätigkeit.

Der Arbeitsausschuss der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat heute nachmittag beschlossen, die nächste Stadtverordnetenversammlung nicht am Donnerstag, sondern am Montagabend tagen zu lassen.

Die Fraktionsführung der Sozialdemokratischen Fraktion ist auf Donnerstagabend 6 Uhr verlegt worden.

Wandernde Rowdies.

Große Aufregung verursachte am Sonnabendabend das unerhörte Betragen eines Trupps von sogenannten "Wanderndes" am Schlesischen Bahnhof. Ein 30 Mann starker Trupp gegen 6 1/2 Uhr mit einer gelben Fahne, die eine schwarze Hand zierte, unter lautem Gesang und Randalien spiel die Kappensstraße entlang nach dem Bahnhof zu.

von ihrer Schußwaffe Gebrauch zu machen, um nicht unbeteiligte Leute zu gefährden. Schußbeamte vom Revier und von der Bahnhofs- wache eilten herbei und befreiten die gefährdeten Kameraden mit der blanken Waffe.

Gefährliche Pilze.

Fünf Personen an Vergiftung in Berlin gestorben. Fünf Personen sind in den letzten Tagen Opfer von Pilz-

gegen Raaktänze und Damenboxkämpfe. Das Berliner Polizeipräsidium hat sich entschlossen, gegen Vergnügen, bei denen es sich mehr oder minder um die Schaustellung von Kubitäten handelt, scharfere Maßnahmen zu ergreifen.

Der Konflikt im Potsdamer Stadtparlament zwischen dem Oberbürgermeister Bohberg und den Stadtverordneten hat sich derzeit verschärft, daß der Regierungspräsident im Interesse der Stadt in Erwägung zieht, die Potsdamer Stadtverordneten-

Groß-Berliner Parteinachrichten. Kreis Charlottenburg. Die Genossen werden gebeten, die Tafeln zur öffentlichen Versammlung am Mittwoch selbst beim Gewissen des Schützen-

Sport. Rennen zu Ruhleben am Sonntag, den 26. August. 1. Rennen. 1. Bahnenberliner (Wittenfeld), 2. Mager 1 (3. Wille), 3. Knie (5. Schmidt), 4. Lato: 14:10, Platz: 12, 20, 17:10. Ferner liefen: Alpenher, Casanova, Debarod, B., Durand.

Wetter für morgen. Berlin und Umgebung. Mild und zeitweise auflockernd, jedoch überwiegend bewölkt, mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.

